

V0864/22

Aktuelle Situation der Geflüchteten in Ingolstadt
(Referent: Herr Fischer)

Stadtrat vom 08.12.2022

Stadträtin Mayer fragt an Herrn Fischer gerichtet, ob man bereits abschätzen könne, wie die Situation im Herbst sein werde und welche Vorkehrungen jetzt schon getroffen wurden insbesondere hinsichtlich der Verpflegungsmöglichkeiten und der Unterbringung von Geflüchteten.

Herr Fischer führt hierzu auf, dass er keinen Ausblick über die Weiterentwicklung der Situation von Geflüchteten geben könne, allerdings in einer Videokonferenz mit Herrn Staatsminister Herrmann und den Landkreisspitzen mitgeteilt wurde, dass die Situation von der weiteren Entwicklung des Kriegsverlaufs in der Ukraine abhängig sei. Hierbei bliebe abzuwarten, ob die Infrastruktur in der Ukraine intakt bleibe und zum anderen, wie sich die Situation in der Türkei entwickle, da die Vereinbarung zwischen der EU und der Türkei eine erhebliche Aufnahme von Geflüchteten in der Türkei vorsehe. Ebenfalls müsse man die Entwicklung im Zuge der Wahlen und die Aktionen der Türkei gegen Kurden, ebenfalls wie in Syrien und dem Iran abwarten, ob sich hier gegebenenfalls weitere Fluchtbewegungen etablieren. Er informiert, dass aus den letzten Jahren bekannt sei, dass in den Wintermonaten die Zahl der Geflüchteten über das Mittelmeer aus klimatischen Bedingungen tendenziell sinke. Man müsse sich darauf einstellen, dass weiterhin Geflüchtete nach Oberbayern kämen. Diese werde man dann aus den Ankereinrichtungen weiter in die einzelnen Kreisverwaltungsbehörden verlegen. Herr Fischer informiert, dass hierfür der Beschluss über eine weitere Notunterkunftsanmietung in einer gewerblichen Halle erfolgt sei, um eine geregelte Unterbringung von Geflüchteten in Notunterkünften und dezentralen Unterbringungen wie angemieteten Wohnungen oder eigenen Liegenschaften der Stadt Ingolstadt zu gewährleisten. Hierbei seien auch noch einige Reserven vorhanden. Hinsichtlich der Verpflegung könne man sagen, dass durch die Auszahlung der Asylbewerberleistungen bei der dezentralen Unterbringung die Möglichkeit einer selbstständigen Versorgung bestehe.

Stadtrat Over trägt vor, dass in Bayern gemäß den Quoten der Asyldurchführungsverordnung, Geflüchtete verteilt werden und die Kommunen keinen Aufnahmestopp verhängen können. Gemäß Informationen des Bayerischen Innenministeriums sei mit 212.000 Asylsuchenden und Kriegsflüchtenden das Niveau von 2016 bereits übertroffen. Ebenfalls liege die Quote der Stadt Ingolstadt bereits vor Kriegsbeginn weit über 100%. Er betont, dass seine Haltung gegenüber Schutzsuchenden durch seinen 42 Jahre langen Polizeidienst und die 26-jährige Parteizugehörigkeit zur ÖDP bereits zum Ausdruck käme, ebenfalls habe er bereits in Ankereinrichtungen Unterricht für die Geflüchteten gehalten. Bayern fordere, dass der Bund den Ländern mehr mietzinsfreie Liegenschaften für den Aufnahmepurpose zur Verfügung stelle. Diese Forderung möchte er weiter unterstützen, um eine mögliche Sperrung von Turnhallen für die Erstaufnahme zu verhindern.

Stadtrat Wöhl informiert, dass bei der kürzlichen Dorfversammlung die Schulsituation näher beleuchtet worden sei. Berichten zufolge sollen ca. 20 analphabetische Flüchtlinge Ingolstädter Schulen besuchen. Er fragt sich, ob dies der Wahrheit entspreche und wie die Eingliederung funktioniere.

Herr Engert beschreibt, dass nicht jeder Geflüchtete der Schulpflicht unterliege, allerdings die Flüchtlinge im Anerkennungsverfahren. Das Problem von nichtdeutschsprachigen Schülerinnen und Schülern gebe es nicht nur bei Flüchtlinge, sondern im Zusammenhang von Arbeitsprozessen. Die Firma Audi AG habe regelmäßig spanische Mitarbeiter zu Schulungszwecken langfristig in Ingolstadt untergebracht, wessen Kinder dann auch schulpflichtig seien. Ein breites Programm an Sprachförderung sei seitens der Stadt Ingolstadt durch freiwillige VHS-Kurse vorhanden. Allerdings sei die Situation an jeder Schule anders, da die Aufnahme nicht über die Stadt Ingolstadt, sondern über die staatlichen Schulen stattfinde.

Stadtrat Grob fragt nach, ob die nicht deutschsprachigen Schüler in eine normale deutsche Klasse integriert werden und ob es keine adäquatere Lösung hierfür gebe, da der Schulbesuch für die Kinder dadurch erschwert werde.

Herr Engert informiert, dass die Schulpflicht grundsätzlich bestehe und sich die Lösung aus intensiven Sprachprogrammen, welche zum Lernprozess genauso beitragen wie die Teilnahme am Schulunterricht, zusammensetze. Die Handhabung in den einzelnen Schulen sei jedoch unterschiedlich. Beispielsweise das Katharinengymnasium sei bemüht, ukrainische Schüler in Klassen mit russischsprachigen Schülern zu integrieren, welche dann begleitend im Unterrichtsgeschehen tätig seien. Er betont, dass die Schüler aus vielen verschiedenen Sprachräumen mit diversen Herkunftssprachen kämen und hierfür die Intensivgruppen organisiert seien.

Stadtrat Grob nimmt zu den Ausführungen von Stadtrat Over Stellung. Er sei der Meinung, dass Ingolstadt zur Flüchtlingsaufnahme nicht auf Schulturnhallen zurückgreifen müsse. Gemäß des Königsteiner Schlüssels seien in Ingolstadt durch das Ankerzentrum und den Dependancen deutlich mehr Flüchtlinge untergebracht, als gesetzlich vorgeschrieben sei. Er findet, dass dies jedoch ein Höchstmaß erreicht habe, welches nicht weiter überschritten werden sollte, da im Sinne der Sicherheit und der Integrationsfähigkeit in das Stadtgeschehen eine angemessene schulische Betreuung und Begleitung sonst nicht mehr gewährleistet sei. Wenn der Vertrag mit dem Ankerzentrum nach 2025 weiter verlängert werde, müsse man eine Vergünstigung mit dem Freistaat heraushandeln, da die weltpolitische Situation mit weiteren Kriegsflüchtlingen rechnen lasse, sei es aus Syrien, Afghanistan, Pakistan oder der Ukraine. Der Königsteiner Schlüssel soll eine Messlatte darstellen, welcher dann auch eine gute Integration von Geflüchteten gewährleiste, anstelle der weiten Übersteigerung der Aufnahmezahlen in Ingolstadt.

Stadtrat Dr. Schickel beschreibt an einem Beispiel, dass die Situation der Lehrer sehr angespannt sei. An seiner Schule seien zwei ukrainische Schülerinnen in der 9. Jahrgangsstufe. Diese konnten in Willkommensklassen an anderen Schulen nicht mehr aufgenommen werden, da diese bereits voll besetzt waren. Die beiden Mädchen kämen aus Charkiw und sprechen kein Deutsch, den Vater haben sie verloren. Mitte Dezember müsse entschieden werden, ob die beiden Mädchen die Schule weiterhin besuchen dürfen. Kriterien hierbei seien die Schulnoten, welche die Mädchen ohne Deutschkenntnisse nicht erfüllen können. Er betont, dass die Schulen mit der Situation überfordert seien, wenn man sich an die Regularien halte. Er warnt, dass es hierbei keine pauschale Lösung gebe, da diverse Fluchtgeschichten und Hintergründe bei den Kindern vorhanden seien. Das Thema Flüchtlinge und die Situation von Geflüchteten in Ingolstadt habe so differenzierte Fluchtgeschichten, dass keine einheitliche Lösung für das Problem an den Schulen gefunden werden könne. Weiter sehe er die Verantwortung auch bei den Unternehmen, die schulische Bildung von Kindern zu fördern, welche durch die Schulungszwecke der Eltern nach Ingolstadt kommen. Man brauche nachhaltige Unterstützung von den Kommunen und vom Land.

Stadtrat Reibenspieß bestätigt die Ausführungen von Stadtrat Dr. Schickel. Er teilt mit, dass die Problemsituation nicht nur an den Geflüchteten läge. Wenn Schüler, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind, in die Klassen kommen, sind nicht genügend Lehrerressourcen vorhanden. Denn diese Kinder bräuchten viel Zuwendung, welche eine Lehrkraft in einem normalen Schulalltag nicht gewährleisten könne, da die Arbeitsbelastung ohnehin schon enorm sei. Ein weiterer Aspekt sei die Kommunikation der Kinder untereinander. Für die nichtdeutschsprachigen Kinder sei es eine große Belastung, wenn sich diese nicht mitteilen können. Im Zuge der Digitalisierung sei eine Kommunikation mittels Sprachprogramm möglich. Hierbei könne man dankbar sein, dass die Stadt Ingolstadt eine gute digitale Aufstellung ermöglicht habe.

Stadtrat Semle informiert, dass er in der schrobenhausener Einrichtung, in welcher er beruflich tätig sei, regelmäßig Kontakt zu Kindern habe, welche der deutschen Sprache nur begrenzt, oder gar nicht mächtig seien. Dieses Problem sei in den Schulen bekannt, allerdings seien die Ressourcen hinsichtlich freier Lehrerstunden sehr begrenzt. Die Schulen würden tätig, wo sie können, die Geldmittel seien jedoch zu knapp, um weitere Deutschkurse einzurichten. Hierbei werden in seiner Einrichtung gerade Spenden gesammelt, grundsätzlich sei es aber so, dass die freiwilligen Gelder der Stadt Ingolstadt notwendig, jedoch nicht ausreichend seien. Man brauche zusätzliche Lehrkräfte mit Kompetenz, den Schülern deutsch beizubringen und hierfür zusätzliche Stunden zu haben. Diese Lehrkräfte seien oft nicht vorhanden oder müssen akquiriert werden. Zur Anwesenheit der Schüler in der Schule, auch wenn diese nicht Deutsch sprechen, habe er die Erfahrung gemacht, dass Kinder in dieser deutschen Sprachgruppe sehr viel von alleine lernen und die Kinder in der Regel unbefangener aufeinander zugehen, wenn sie Sport, Pause und Unterricht miteinander haben. Hierbei erwerben viele, die nicht Deutsch sprechen, relativ schnell eine Sprech- und Sprachfähigkeit. Er habe aber auch Schüler erlebt, die mit dem deutschen Unterricht nicht umgehen können. Ein weiteres Thema sei das neu geschaffene Obhutsteam der Stadt Ingolstadt, welches sich nun mit der Regierung von Oberbayern treffe. Hierbei könne man mit dem Ankerzentrum eine Verbindung knüpfen und mehr Kommunikation zwischen den Geflüchteten und den Bürgern in Ingolstadt herstellen, damit es zu keiner Gefährdung oder Frontstellung komme.

Stadträtin Bulling-Schröter bemerkt, dass die ernsthafte Diskussion über die Flüchtlingssituation sehr positiv sei, jedoch sollte weiter diskutiert werden, welche Probleme aufgrund der Flüchtlingssituation vorhanden seien und wie man helfen könne. Es gehe hierbei nicht nur um Schulen, sondern auch um Kindergärten und weitere Einrichtungen. Hierbei müsse man kommunal unterstützen, jedoch auch auf Landesebene. Sie berichtet, dass man mit verschiedenen Ängsten seitens der Eltern und Lehrer konfrontiert sei und auch bereits mit Burnout Fällen von Lehrern. Hierbei sei Hilfestellung nötig. Sie schlägt vor, diese Themen in einem Forum zusammen mit Stadträten zu behandeln, um in Zukunft weitere Unterstützung zu gewährleisten.

Stadtrat Dr. Kern führt anhand eines Beispiels auf, dass sein Sohn die 6. Klasse zusammen mit zwei ukrainischen Flüchtlingskindern besuche. Diese nehmen normal am Unterrichtsgeschehen teil und besuchen an Stelle des normalen Deutschunterrichts einen Deutschfremdsprachkurs. Da die Kinder sehr schnell lernen, sei eine Annäherung auch möglich. Allerdings sei es auch immer eine Frage der Menge, wie viele nichtdeutschsprachige Kinder im Verhältnis in eine Klasse integriert werden müssen. Er ist der Meinung, dass man trotz aller Schwierigkeiten vieles möglich machen müsse, um seinen Beitrag der Folgen des Angriffskrieges zu leisten.

Die Mitglieder des Stadtrates nehmen den Bericht zur Kenntnis.

